

Stellungnahme zur Nationalen Industriestrategie 2030

Berlin, 25. März 2019

Am 5. Februar 2019 stellte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seinen Vorschlag für eine „Nationale Industriestrategie 2030“ vor. Er möchte mit dem Dokument eine Diskussion um die Wechselwirkungen von wirtschaftlichem Handeln und staatlichen Eingriffen sowie den Maßgaben für solche Eingriffe in Deutschland begründen.

eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. nimmt sehr gerne das Angebot des Bundeswirtschaftsministers an und kommentiert den Vorschlag der Nationalen Industriestrategie im Folgenden:

I. Rahmenbedingungen für Erfolgreiches Wirtschaften

Ein zentraler Aspekt für eine erfolgreiche Industrie in Deutschland ist die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, um Innovation zu fördern und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Sie steht noch vor strategischen Investitionen und der Sicherung von Technologien. Mehrere der hier aufgelisteten Aspekte sind nicht zwangsläufig im Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, sollten aber in der weiteren Fortentwicklung und Einbindung der anderen Ressorts in die Erstellung Nationalen Industriestrategie 2030 berücksichtigt werden.

▪ Energiezugang und Verbrauch handhabbar gestalten

Industrie benötigt Energie und dies ist speziell für die Industrie in Deutschland eine große Herausforderung. Mit hohen Strompreisen sind insbesondere Industrien, die einen ständigen oder hohen Energiebedarf haben im europäischen Wettbewerb benachteiligt. Industrien sollte daher der Zugang zu günstigen Energien ermöglicht werden. Politische Herausforderung und Gestaltungsaufgabe ist hier vor allem die Energiegewinnung vor dem Hintergrund gesteckter Klimaziele. Auch die Zuverlässigkeit der Energieversorgung sollte in diesem Rahmen kritisch geprüft werden. Möglichkeiten für eine stabile und ständige Energieversorgung sind zentral für den Industriestandort.

▪ Rahmen für innovationsfreundliche Wirtschaft

Der Entwurf des BMWi für die Nationale Industriestrategie 2030 erkennt zurecht, dass Innovation einer der zentralen Faktoren für die deutsche Wirtschaft ist. Der Innovationsvorsprung ist aber in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Es scheint daher angezeigt, die nationalen Rahmenbedingungen innovationsfreundlicher zu gestalten. Eine steuerliche Begünstigung betrieblicher Forschung und Entwicklung ergänzt die derzeitigen Bemühungen durch



Forschungs- und Förderungsprojekte und ist im Sinne des marktorientierten Ansatzes des BMWi. Auch sollte kritisch geprüft werden, inwieweit durch Bürokratieabbau die Neugründung für (innovative) Unternehmen fördert. Auch sollten bestehende Regelungen und Gesetze auf ihre Auswirkungen in Bezug auf Innovation hin kritisch geprüft werden. Gerade bei Querschnittstechnologien, denen zentrale Bedeutung für die gesamte Wirtschaft zukommt wie bspw. Cloud Computing oder Künstliche Intelligenz sollte daher kritisch geprüft werden, ob eine querschnittliche Regulierung zusätzlich zu etwaig bestehenden bereichsbezogenen Regeln überhaupt erforderlich ist, und ob diese dem verstärkten Einsatz solcher Technologien nicht entgegenwirken und der gesamten Wirtschaft schaden. Rechtliche Maßgaben wie die europäische Urheberrechtsnovelle oder die derzeit diskutierte e-Privacy Verordnung, die hohe prohibitive Auflagen setzen, sollten daher kritisch geprüft werden.

- **Marktgetriebene Lösungen**

Der Entwurf der Strategie setzt maßgeblich auf die Kräfte des Marktes, um die industrielle Entwicklung in Deutschland zu gestalten. Er erkennt auch die Herausforderungen, die durch eine wachsende Fragmentierung der weltweit vernetzten Wirtschaft entstehen, als Herausforderung an. Inwieweit das gesteckte Ziel nationaler oder europäischer Champions als Antwort auf diese Entwicklung mit den bestehenden, überwiegend mittelständisch geprägten, Wirtschaftsstrukturen in Deutschland in Einklang gebracht werden können, sollte in der weiteren Diskussion noch eingehender erörtert werden.

- **Schlüsseltechnologien**

Die Herausforderung, dass immer häufiger Kompetenzen zur Entwicklung von Technologien und ihrer Produktion nicht in Deutschland vorhanden sind, wird im Entwurf der Nationalen Industriestrategie 2030 ebenfalls thematisiert. Technologische Souveränität ist dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemäß ein zentraler Aspekt, die Sorge um eine Abhängigkeit von ausländischen oder internationalen Plattformen und Technologien wächst.

Es bedarf einer grundlegenden Diskussion darüber, welche Technologien hierzu zu rechnen sind und wie die Fähigkeiten zu ihrer Entwicklung oder Beschaffung und Produktion in Deutschland oder durch deutsche Unternehmen gestaltet werden sollte. Neben der oftmals angeführten Förderung der Anwendung von Künstlicher Intelligenz sollten hier auch die Bereiche Cloud Computing und der Ausbau digitaler Infrastrukturen als wichtige Maßnahme zur Erhaltung der digitalen Souveränität betrachtet werden. Internetbasierte Systeme sollten dementsprechend ein Eckpfeiler der Industriestrategie werden. Dies sollte auch vor dem Hintergrund der sich bietenden Rahmenbedingungen für die Industrie in Deutschland geführt werden.



- **Digitalisierung**

Die Digitalisierung wird als Schlüssel, als „Game Changer“, für die weitere industrielle Entwicklung in Deutschland verstanden. Dieser richtigen Analyse müssen weitere Schritte folgen, die die Digitalisierung insbesondere mittelständischer Unternehmen vorantreiben und deren Einsatz fördern und unterstützen. Dazu gehört auch die Frage, wie mit digitalen Plattformen umgegangen werden soll und welche Chancen diese für Unternehmen eröffnen.

II. Zur Nationalen Industriestrategie 2030

Bei der weiteren Diskussion der Nationalen Industriestrategie 2030 sollten die nachstehenden Punkte und Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln berücksichtigt werden.

- **Zum Vorwort**

Das im Vorwort gezeichnete Bild einer sich balkanisierenden Weltwirtschaft durch die Abkehr von etablierten Vertragssystemen und Handelsvereinbarungen sind für Unternehmen in allen Ländern gleichermaßen eine Herausforderung. Rechtssicherheit benötigen nicht nur deutsche Unternehmen im Ausland, sondern auch ausländische Unternehmen bei ihren Aktivitäten in Deutschland.

Das hier gezeichnete Bild ist eine zentrale Herausforderung für die Politik, rechtliche Mechanismen wieder stärker im Dialog zu klären. Wirtschaftliche Interdependenz ist ein entscheidender Faktor für wirtschaftliche und politische Stabilität. Eine generell eher moderate Herangehensweise an die aktive industriepolitische Gestaltung, wie das Vorwort sie aufzeigt, ist der richtige Ansatz, um marktgetriebene Entwicklungen sinnvoll zu begleiten. Die Definition von Schlüsselkompetenzen für die Industrie ist eine Herausforderung, die einer breiten gesellschaftlichen Debatte über Ansätze und Lösungsmöglichkeiten bedarf. Der Erhalt oder die Sicherung technologischer Schlüsselkompetenzen muss nicht zwingend durch aktive industrie- oder wirtschaftspolitische Eingriffe erfolgen, sondern kann auch durch eine entsprechende Bildungs- oder Forschungspolitik erhalten bleiben. In Summe bleibt aber festzuhalten, dass die Herausforderungen in wesentlichen Teilen hier erkannt und mit dem richtigen Lösungsansatz angegangen werden, wenn auch einzelne Aspekte im weiteren Verlauf der näheren Betrachtung oder einer breiteren Diskussion bedürfen.

- **Zum Kapitel: Zielsetzung**

Die Zielsetzungen spiegeln die im Vorwort angeführten Herausforderungen und Lösungsansätze wieder. Ein dialogorientierter Ansatz für die weitere Entwicklung ist aufgrund der differenzierten Probleme und der Vielzahl möglicher Lösungsansätze daher sehr begrüßenswert.



Inwieweit die Pläne zur staatlichen Intervention in Ausnahmefällen sinnvoll ausgestaltet werden können, bzw. welche Mechanismen hier etabliert werden sollte kritisch diskutiert werden. Eingriffsschwellen dürfen nicht zu niedrig eingezogen werden, da sie sich sonst als wettbewerbsschädlich erweisen können oder das Wachstum vor allem kleinerer Unternehmen bremsen können. Ein marktgetriebener Ansatz muss primäre Maßgabe sein.

▪ **Zum Kapitel: Ausgangslage**

Die Ausgangsannahme, dass Deutschland aufgrund seiner starken Industrie bislang imstande war, seiner Bevölkerung einen hohen Lebensstandard und zahlreiche Sozialleistungen zu ermöglichen, ist im Kern richtig. Inwieweit die wachsende Vernetzung in bestimmten Bereichen der Wirtschaft am Ende auch der deutschen Industrie beflügeln kann, beantwortet der Absatz nicht. Jedoch wäre es – gerade vor dem Hintergrund der Debatte um Intervention – auch hilfreich, Vernetzung und Internationalisierung bzw. Regionalisierung als Faktor für die Industrie in Deutschland näher zu beleuchten. Die besondere Rolle der eher durch mittelständisch geprägte Unternehmen in Deutschland sollte an dieser Stelle angemessen berücksichtigt werden.

▪ **Zum Kapitel: Herausforderungen**

Der Umstand, dass andere Staaten sich wirtschaftlich weiterentwickeln und ihre Produkte und Dienstleistungen auch für deutsche Unternehmen zur Konkurrenz werden können, wird zu negativ gesehen. Grundsätzlich sollte anerkannt werden, dass solche Entwicklungen grundsätzlich auch für deutsche Unternehmen interessant sind, da mit der Weiterentwicklung von Volkswirtschaften in anderen Ländern auch die Chance verbunden ist, dass ihre Kauf- und Wirtschaftskraft steigt. Eine durchgängige skeptische Sicht auf entsprechende Entwicklungen sollte daher vermieden werden. Gleichzeitig fehlen in dieser Bestandsaufnahme zentrale weitere Herausforderungen, die für die Industrie und die gesamte Wirtschaft in Deutschland in den nächsten Jahren zentral werden. Der Demografische Wandel wird in den kommenden Jahren einen zunehmenden Mangel an Fachkräften erzeugen, der sich aller Voraussicht nach auch durch Anwerbung und Zuzug aus anderen Staaten nicht gänzlich ausgleichen lassen wird. Auch die notwendige Umstellung des Bildungssystems, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und entscheidende Schlüsselkompetenzen zu vermitteln, kommt hier noch nicht hinreichend stark zur Geltung. Eine Stärkung der Entwicklungen in Ingenieurwissenschaften, im Bereich Clean Growth Technologien und im Mobilitätssektor ist hier maßgeblich. Generell stellt sich hier auch die Frage, wie genau die Transformation der Industrien politisch begleitet werden soll und welche Maßgaben hierfür in einem marktgetriebenen Umfeld gesehen werden.

Gleichwohl bedarf es einer kritischen Würdigung der Hintergründe entsprechender technologischer Entwicklung – sowohl was die näheren Umstände des technischen Fortschritts ausmacht, als auch der allgemeinen



sozialen und ökologischen Konsequenzen, die sich aus entsprechenden Entwicklungen ergeben. Einem generell gestiegenen Wettbewerbsdruck sollte nicht durch Abschottung der Wirtschaft begegnet werden, sondern es sollte geprüft werden, inwieweit durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und insbesondere Basisindustrien und Infrastrukturen hier günstigere Voraussetzungen für Innovation, Wettbewerbsstärke und Wertschöpfung bestehen. Insbesondere die Darstellung der Automobilindustrie zeigt, dass staatliche Fehlregulierung in der Vergangenheit einerseits und fehlerhafte Incentivierung andererseits neue Entwicklungen nicht zugelassen haben. Dies führt zur nun angefochtenen Position Deutschlands in der Automobilindustrie.

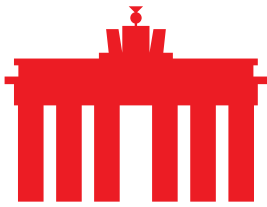
Ähnliche Probleme können im Bereich der Plattformökonomie erkannt werden, wo abstrakt auf die Erfolge in anderen Ländern verwiesen wird und ein staatlicher Handlungsbedarf formuliert wird, der aber im Unbestimmten bleibt. Eine Regulierung der Plattformwirtschaft könnte aber am Ende weder dieser noch der deutschen Wirtschaft zugutekommen, wenn erfolgreiche Geschäftsmodelle am Markt durch fehlerhafte oder einseitige Regulierung geschädigt werden und die an sie angeschlossenen Unternehmen dadurch ebenfalls beeinträchtigt werden, da ihnen entsprechende Gewinne entgehen.

Die Zusammenfassung, dass bisherige Rückschläge in verschiedenen Bereichen ausschließlich durch Zuwächse in traditionellen Bereichen erfolgt sind, sollte kritisch geprüft und ggf. nachgebessert werden. Vor diesem Hintergrund ist der offensichtlich angestrebte evidenzbasierte Ansatz begrüßenswert. Eine breite Diskussion über die verschiedenen Trends und ihre möglichen Folgen sollte im Rahmen dieser Analyse ebenfalls in Betracht gezogen werden, um möglichst viele Stimmen und Eindrücke und so eine solide Datenbasis und möglichst viele verschiedene Auffassungen zu gewinnen.

▪ **Zum Kapitel: Basisinnovationen als Game-Changer**

Als Ausgangspunkt für die Betrachtung erkennt das BMWi so genannte Basisinnovationen an, die grundlegende Veränderungen in der Wirtschaft nach sich ziehen. Die Entwicklung der Plattformökonomie sieht die Nationale Industriestrategie 2030 als eine solche Basisinnovation und benennt die Teilhabe an der Wertschöpfung solcher Plattformen als Herausforderung. Dieser singuläre Ansatz mag vordergründig zwar plausibel erscheinen, verkennt aber umgekehrt, dass der internationale Anspruch entsprechender Plattformen und deren Bemühung um Compliance mit den entsprechenden Rechtsordnungen durchaus erkennen lässt, dass dieses Problem, abgesehen von Fragen der Besteuerung und ggf. der Setzung von Standards, eher nachrangig ist.

Künstliche Intelligenz und das für ihre Verbreitung und Anwendung nötige Cloud Computing werden ebenfalls als zentrale Basisinnovationen identifiziert. Als Anwendungsbereiche werden insbesondere das Autonome Fahren und der



Gesundheitssektor benannt. Grundsätzlich sind diese Annahmen richtig, es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass Künstliche Intelligenz wie alle Aspekte der Digitalisierung nicht nur sektorale Auswirkungen haben, die in bestimmten Bereichen auftreten, sondern zudem auch Querschnittswirkung über alle Bereiche hinaus entwickeln. Diese Basisinnovationen verwischen oftmals auch die Grenzen zwischen traditionellen Industriezweigen, einem Umstand der zwar auf der einen Seite der Technologie, auf der anderen Seite aber den sich transformierenden und zusammenwachsenden Wirtschafts- und Industriezweigen Rechnung getragen werden muss. Künstliche Intelligenz wird mit zunehmender Popularität auch verstärkt eine Rolle im Handel, in den Medien, der Verwaltung und im Immobiliensektor spielen. Es sollte daher auch verstärkt auf direkte Investitionen in diesem Bereich gesetzt werden, um mit globalen Entwicklungen Schritt halten zu können.

Die Internet-Infrastruktur wird durch zunehmende Vernetzung und Digitalisierung von Geschäftsprozessen eine Schlüsselstellung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft einnehmen. Hierfür bedarf es weiterer Anstrengungen für den Ausbau von Rechenzentren und Netzen. Die deutsche Wirtschaft wird im Wesentlichen eine Internetwirtschaft sein.

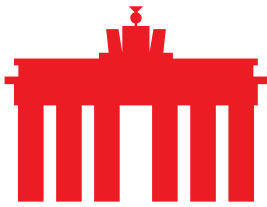
▪ **Zum Kapitel: Innovationstempo als Game-Changer**

Gerade der Umstand, dass das Tempo der technologischen Entwicklungen und Innovationen hoch sind, unterstreicht die Notwendigkeit einer flexiblen und marktorientierten Herangehensweise an die Nationale Industriestrategie 2030. Erkenntnisse, die heute als gesichert gesehen werden, können sich schon in kurzer Zeit als überholt erweisen. Vor diesem Hintergrund sollte auch eine regelmäßige Überprüfung der Industriestrategie 2030 und insbesondere ihrer Operationalisierung in den Orientierungspunkten erfolgen und ein fortwährender Prozess der Re-Evaluierung und Anpassung geschaffen werden.

▪ **Zum Kapitel: Orientierungspunkte einer nationalen Industriepolitik**

Die Frage der industriellen und technologischen Souveränität und Kapazität wird als eine zentrale Herausforderung für die Industriestrategie gesehen. Diese korrekte Annahme sollte jedoch aller Bedenken über gestiegenen Interventionismus die europäische und internationale Komponente von Wirtschaft und Industrie nicht aus den Augen lassen und kritisch beleuchten, wie Transaktionskosten und Skaleneffekte für alle Marktteilnehmer kollaborativ sinnvoll gestaltet werden können.

Der Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten ist industriepolitisch und auch fiskalisch reizvoll, sollte jedoch auch dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Wertschöpfungsketten verschieben. Die vorne beschriebenen Basisinnovationen unterstreichen diesen Umstand. Deshalb sollte eine Analyse von Wertschöpfungsketten sich auch an der Frage orientieren, welche Teile von Wertschöpfungsketten sinnvoll marktgerecht gestaltet werden können. Dieser



Gedanke spiegelt sich auch in der Stärkung des industriellen Mittelstandes und der Hoffnung auf nationale und europäische Champions wieder. Die Wirtschaft in Deutschland ist stark mittelständisch geprägt; ein Umstand, dem Rechnung getragen werden sollte, wenn man die Möglichkeiten des Einsatzes von Basisinnovationen berücksichtigen möchte. Starke Unternehmensverbände und Netzwerke sind durch Standardisierung, Normierung und durch kompetitive Marktstrukturen ebenso imstande, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Weitere strukturelle Maßnahmen für günstige Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Standorts und der Wirtschaft sollten hier ebenso in Betracht gezogen werden, wie die im Entwurf für die Nationale Industriestrategie 2030 des BMWi angeregten Maßnahmen einer Beteiligungsfazilität, wenn auch ggf. unter anderen Vorzeichen.

▪ **Zum Kapitel: Ordnungspolitische Prinzipien**

Die gesetzten Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion sind nachvollziehbar. Insbesondere die Bereiche, in denen das Papier konkreten Handlungsbedarf konstatiert, sind sehr gut nachvollziehbar. Eine erste zentrale Herausforderung sollte die Adressierung der Strom- und Energiepreise sein. Die Industrie benötigt einen Zugang zu günstigen und zuverlässigen Energiequellen. Politisches Handeln in diesem stark regulierten Sektor sollte die Energiegewinnung vor dem Hintergrund gesteckter Klimaziele umfassen und auch in Erwägung ziehen, dass nicht nur energieintensive Industrien notfalls gesondert betrachtet werden sollen, sondern auch solche, die Querschnittsfunktionen in allen Sektoren wahrnehmen wie bspw. die Betreiber digitaler Infrastrukturen wie Rechenzentren.

Auch die Steuerpolitik sollte kritisch überprüft werden. Eine Vereinfachung des Steuersystems und eine Harmonisierung der Steuerregeln ist insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen hilfreich, da ihnen so der erhöhte Bürokratieaufwand erspart bleibt. Der Unternehmenssteuersatz sollte zudem kritisch geprüft werden, nicht zuletzt, um Gründungen zu erleichtern.

▪ **Zum Kapitel: Weiteres Vorgehen**

Die Initiative und der vorgelegte Entwurf des BMWi für die Nationale Industriestrategie 2030 sind begrüßenswert. Die Debatte um die weitere Gestaltung der Industriepolitik in Deutschland und Europa muss jetzt geführt werden, wenn die angeregten grundlegenden Reformen zeitnah erfolgen sollen. Es wäre zu begrüßen, wenn weitere Ressorts im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Fachkompetenz ebenfalls zu dieser Strategie beitragen könnten, so dass der gesamte Wirtschaftsstandort Deutschland von einer konsistenten und nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik profitieren könnte.



VERBAND DER INTERNETWIRTSCHAFT E.V.



Über eco: Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.